

**Kleine Anfrage mit Antwort****Wortlaut der Kleinen Anfrage**

des Abgeordneten Ralf Briese (GRÜNE), eingegangen am 25.03.2004

**Freie Software (Open-Source) in Niedersachsen - hat das Justizministerium eine falsche und folgenreiche Fehlentscheidung im IuK-Bereich vollzogen?**

Die niedersächsische Justiz setzt weiter auf Microsoft-Technologie. Laut einer Pressemitteilung des Justizministeriums ist der Rahmenvertrag mit dem Software-Konzern aus den USA die einfachste, wirtschaftlich sinnvollste und am besten kalkulierbare Lösung. An dieser Aussage bestehen erhebliche Zweifel. Vor allem im Serverbereich setzen immer mehr Firmen, Behörden und Verwaltungen auf das Linux-Betriebssystem, das sich durch einen offenen Quellcode (Open-Source-Software-OSS) von proprietärer Software unterscheidet. Aber auch Endnutzer wenden sich verstärkt der freien Software zu, die sich häufig durch mehr Sicherheit und günstigere Anschaffung bzw. eine höhere Wirtschaftlichkeit auszeichnet, da keine hohen Lizenzgebühren zu zahlen sind. Das Innenministerium in Baden-Württemberg hat beispielsweise ein OSS-Projekt finanziell unterstützt und begleitet. Der Bundesrechnungshof macht sich seit längerem für den Einsatz von Open-Source-Software in den Bundesverwaltungen stark. Das Land Bayern hat eine Reihe seiner Ämter komplett auf Linux umgestellt. Die Stadt München will ihre Verwaltung völlig auf Open-Source umstellen. Neben wirtschaftlichen Erwägungen spielen auch demokratische Gesichtspunkte eine wichtige Rolle, da freie Software ihre innere Struktur jedermann zugänglich macht und somit im Gegensatz zu kommerziellen Software-Monopolen ihr Wissen zur Verfügung stellt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit wird freie Software wie Linux, Open Office, Apache oder Mozilla in der Verwaltung des Landes eingesetzt?
2. Existieren seitens der Landesregierung gemäß § 7 der Landeshaushaltsordnung angemessene Wirtschaftlichkeitsberechnungen, wie sich die Umstellung von proprietärer Software auf freie Software mittelfristig auf den Landeshaushalt auswirken würde?
3. Wenn ja: wie sehen die Berechnungen aus? Wenn nein: warum nicht?
4. Sind seitens der Landesregierung Maßnahmen zur Förderung freier Software in Niedersachsen angedacht?
5. Wie bewertet die Landesregierung das gegenwärtige EU-Verfahren gegen den Microsoft-Konzern, dem vom EU-Kommissar Monti schwere kartellrechtliche Vorwürfe und Monopolisierungsbestrebungen vorgeworfen werden?
6. Teilt sie die Auffassung, dass in einer freien Marktwirtschaft der Staat die Aufgabe hat, Monopolstellungen von Unternehmen zu vermeiden und Wettbewerb zu gewährleisten?
7. Wie bewertet sie die Aussage der parteiübergreifenden Initiative Bundestux, wonach eine Entscheidung für freie Software Ausdruck eines erweiterten Demokratieverständnisses ist, das die wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen mit einbezieht, und es aus diesen Erwägungen heraus geradezu die Pflicht eines demokratischen Staates ist, auf freie Software zu setzen?
8. Wie bewertet sie die Entscheidung der Stadt München und weiterer deutscher Kommunen und Behörden, ihre gesamte Behördeninfrastruktur durch OSS abzulösen, und zwar aus Gründen der Kosteneinsparung, größerer Sicherheit, besserer Stabilität, längerer Nutzungszyklen und größerer Unabhängigkeit von Softwareanbietern?
9. Nach Informationen von *heise-online* haben Wirtschaftlichkeitsberechnungen des MJ ergeben, dass eine Umstellung auf freie Software längerfristig Einsparungen von mehreren Millio-

nen Euro bedeutet hätte. Warum nutzt die Landesregierung diesen langfristigen Kostenvorteil nicht?

10. Wie bewertet sie die Tatsache, dass die Migration von Microsoft hin zu freier Software zwar hohe Anlaufkosten durch notwendige Schulung des Personals am Beginn der Migration hervorruft, sich aber mittelfristig durch die Einsparung von hohen Lizenzgebühren bezahlt macht?
11. Wie bewertet sie die Aussage des Bundesrechnungshofs, wonach Open-Source-Software bzw. damit vergleichbare Software ein Niveau an Benutzerfreundlichkeit und Leistungsfähigkeit erreicht hat, das mit bisher im Office-Bereich eingesetzter Software vergleichbar ist?
12. Wie bewertet sie die Tatsache, dass freie Software eine niedrigere Anforderung an die Hardware hat und somit zu hohen Kosteneinsparungen führen kann?
13. Warum testet das Landesjustizministerium nicht wie das Bundesjustizministerium zumindest exemplarisch die Verwendung von Linux, bevor eine Migrationsentscheidung gefällt wird?
14. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage von Georg Greve, President Free Software Foundation Europe, dass Behörden und Unternehmen durch den Einsatz von proprietärer Software erpressbar werden und damit dem Unternehmen, das den Zugriff auf digitale Archive sperren und Behörden stilllegen kann, eine für eine Demokratie unververtretbare Machtfülle zukommt?

(An die Staatskanzlei übersandt am 19.04.2004 - II/72 - 151)

#### **Antwort der Landesregierung**

Niedersächsisches Ministerium  
für Inneres und Sport  
- VM 5.02 – 02801/22 -

Hannover, den 04.06.2004

Die Kleine Anfrage beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Open Source Software (OSS) wird in der Landesverwaltung in allen Ressorts, im LRH und in der Landtagsverwaltung eingesetzt. Im Herbst 2000 hat es eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Harms (Grüne) zum Thema OSS gegeben. Zu diesem Zeitpunkt gab es in der Landesverwaltung in erster Linie Überlegungen und Planungen und in einem geringen Umfang realisierte OSS-Projekte. In den vergangenen dreieinhalb Jahren hat sich die Situation signifikant verändert.

Gegenwärtig werden in der Landesverwaltung ca. 700 Serversysteme (z. B. Web-, Proxy-, Mail-, DNS-, File- und Printserver) und ca. 23 600 IT-gestützte Arbeitsplätze auf der Basis von OSS betrieben. Als Serverbetriebssystem ist vornehmlich Linux im Einsatz, bei der Polizei beispielsweise ist auf den IT-gestützten Arbeitsplätzen (ca. 11 600) Open Office, Mozilla und Linux als Client-Betriebssystem flächendeckend installiert. In der Steuerverwaltung ist auf ca. 12 000 IT-gestützten Arbeitsplätzen StarOffice und Mozilla installiert. Die Steuerverwaltung beabsichtigt das vorhandene Client-Betriebssystem auf den 12 000 Arbeitsplatzcomputern durch Linux zu ersetzen. Mit dem Beginn der Migration ist noch in diesem Jahr zu rechnen. Der Web-Server Apache wird auf ca. 80 Serversystemen in der Steuerverwaltung eingesetzt.

Darüber hinaus wurden ressortübergreifende und zentral gesteuerte IT-Projekte mit Hilfe von OSS-Produkten realisiert.

Für die Landesverwaltung wurde im Rahmen eines Projekts unter der Federführung des Zentralen IT-Managements (Ministerium für Inneres und Sport) ein Webfilter im Landesbetrieb IZN aufgebaut. Ziel des Projekts war das Ausfiltern und Blocken aller nicht geschäftsrelevanten Webinhalte (z. B. Werbung) um die zur Verfügung stehenden Netzbandbreiten effektiv nutzen zu können und die Verhinderung des Zugriffs auf Internetinhalte mit dienstlich nicht relevanten Informationsangeboten

(z. B. Pornografie, rechtsradikale Inhalte). Die technische Lösung wurde ausschließlich auf Basis von OSS-Produkten (Betriebssystem: Linux, Filtersoftware: SquidGuard) realisiert.

Im Landesintranet werden diverse OSS-Produkte aufgrund wirtschaftlicher und sicherheitstechnischer Überlegungen eingesetzt. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Server für das Landesintranetportal (Projektleitung Zentrales IT-Management) und angeschlossener Mandanten, aber auch den Bereich herkömmlicher Hausintranets/Intranetanwendungen.

In der Hauptsache werden nach dem LAMP-Prinzip (Linux, Apache, MySQL, PHP) Linux als Betriebssystem und Apache als Webserver eingesetzt. Diese bieten im Bereich Webtechnologie anerkanntermaßen die weltweit am häufigsten eingesetzten und ausfall- sowie virensichersten Umgebungen.

Zudem wird PHP als Programmierumgebung für diverse kleinere Fachanwendungen benutzt (z. B. für ein Sitzungsraumbuchungssystem des ML). Der Einsatz ist jeweils lizenzkostenfrei. Für PHP gibt es weltweit große Programmiercommunities, in denen kostenfrei PHP-Anwendungen zum Download angeboten werden, die modulhaft in die existierenden Umgebungen eingebunden werden können. Dieses Vorgehen spart Entwicklungskosten. Das derzeit im Landesintranet eingesetzte Redaktionssystem (CMS) basiert ebenfalls auf offener PHP-Programmierung. Der Source-Code ist voll einsehbar und abwandelbar. Die Anpassungskosten betragen einen Bruchteil dessen, was für herkömmliche kommerzielle Produkte angesetzt werden muss. Die Landesverwaltung ist nicht zwingend auf eine Herstellerfirma angewiesen sondern kann beliebig Programmierer mit PHP-Kenntnissen für die Erweiterung des jeweiligen Funktionsspektrums einsetzen.

Im Landesbetrieb IZN wurde für die Landesverwaltung ein herstellerunabhängiger landesweiter und zentraler Verzeichnisdienst (E-Directory) aufgebaut, der den Zugriff auf die ca. 63 000 Einträge bei der Polizei, der Steuerverwaltung und der allgemeinen Verwaltung ermöglicht. Für die zentralen Komponenten wird u. a. das Betriebssystem Linux und das OSS-Produkt Web500gw eingesetzt.

Detaillierte Informationen zum Einsatz von OSS in der Landesverwaltung sind in der Anlage aufgelistet.

Zu 2:

Bei IT-Projekten sind die Anforderungen in der Regel sehr komplex und daher kann eine pauschale Empfehlung für oder gegen OSS nicht gegeben werden. Vielmehr muss bei jedem IT-Projekt die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von OSS individuell betrachtet und untersucht werden. Verschiedene Kostenblöcke wie beispielsweise die Kosten für Hard- und Software sowie Personalkosten müssen bei der Entscheidung berücksichtigt werden.

In der Regel wird in der Landesverwaltung die von der Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung (KBSt) verfasste WiBe 21 (Empfehlung zur Durchführung von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen in der Bundesverwaltung, insbesondere beim Einsatz der IT) verwendet. Außerdem ist von der KBSt ein Migrationsleitfaden (Leitfaden für die Migration der Basissoftwarekomponenten auf Server- und Arbeitsplatzsystemen) erarbeitet worden. Der Migrationsleitfaden richtet sich an die mit der Planung und Umsetzung der IT-Strategien und -Vorhaben in der öffentlichen Verwaltung verantwortlichen Entscheider und zeigt verschiedene Migrationsszenarien unter Berücksichtigung technologischer und wirtschaftlicher Aspekte auf.

Eine generelle Wirtschaftlichkeitsberechnung hinsichtlich der Umstellung proprietärer Software auf OSS ist aus den dargelegten Gründen leider nicht möglich.

Zu 3:

Siehe Antwort zu Frage 2.

Zu 4:

Der Landesregierung sind Maßnahmen zur gezielten Förderung freier Software in Niedersachsen nicht bekannt. Im Rahmen von Förderungen kann freie Software gefördert werden. Im Vordergrund der Förderung steht aber nicht die Herstellung eines Gegengewichts zu „herrschender“ Software, sondern die Innovation und die Chance auf Markterfolg. In der Praxis sieht es so aus, dass insbesondere kleine Softwareunternehmen in Niedersachsen gefördert werden und die überwiegende Zahl der Vorhaben als „freie“ Softwarelösungen zu bezeichnen sind.

Zu 5:

Microsoft Corporation hat ihr Quasi-Monopol bei Betriebssystemen für PCs auch auf den Markt für Betriebssysteme für Arbeitsgruppenserver sowie den Markt für Medienabspielprogramme ausgedehnt. Dies stellt nach Erklärung des Wettbewerbkommisars Monti einen klaren Verstoß gegen europäisches Wettbewerbsrecht dar. Der Landesregierung sind keine anders lautenden Äußerungen deutscher oder niedersächsischer Kartellbehörden bekannt.

Zu 6:

Ja.

Zu 7:

Die Diskussion über die Vor- und Nachteile des Einsatzes von Open Source Software oder Closed Source Software (CSS) bzw. proprietären SW-Produkten ist teilweise sehr stark ideologisch geprägt.

Die Landesregierung hat sich an diesen Diskussionen nicht beteiligt, sondern sich immer an der Funktionalität der SW-Produkte und der Wirtschaftlichkeit von Lösungen im IT-Bereich orientiert, wie es auch das Haushaltsrecht (LHO § 7) vorschreibt. Diese Vorgehensweise gewährleistet, dass die aktuellen wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen bei einer Entscheidung pro bzw. kontra einer SW-Lösung berücksichtigt werden.

Die in der Landesverwaltung eingesetzten Softwareprodukte sind in Geschäftsprozesse eingebunden und sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Aufgabenerledigung effektiv unterstützen. Unter diesem Blickwinkel betrachtet ist eine Assoziation zwischen dem Begriff Software - unabhängig davon ob Open Source Software oder Closed Source Software - und dem Begriff erweitertes Demokratieverständnis kaum herzustellen. Ein Automatismus zugunsten OSS oder gar ein Pflichteinsatz von OSS-Produkten darf es nicht geben, da deren Einsatz auch unwirtschaftlich sein kann und in manchen Fällen auch nicht den funktionalen Anforderungen der Landesverwaltung entspricht.

Die Landesregierung legt Wert auf eine „friedliche“ Koexistenz zwischen Open Source Software und Closed Source Software und wird auch weiterhin den Einsatz von OSS in der Landesverwaltung positiv begleiten. Auf diese Weise wird zugleich der Wettbewerb gefördert und die Herstellerabhängigkeit verringert.

Zu 8:

Im Mai 2003 hat der Stadtrat der Landeshauptstadt München (LHM) die Verwaltung der LHM mit der Ausarbeitung einer Feinkonzeption zur Migration auf OSS-Produkte für das Betriebssystem und die Büroanwendungssoftware der IT-gestützten Arbeitsplätze beauftragt. Diese Entscheidung basiert auf der Studie eines Beratungsunternehmens, dass für die ca. 14 000 PCs der Stadtverwaltung mögliche Migrationsszenarien untersucht hat. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung die mit Hilfe der WiBe21 durchgeführt wurde, ergab bezogen auf die Betrachtung der technischen, wirtschaftlichen und qualitativ-strategischen Aspekte zwischen dem Anbieter für eine proprietäre Softwarelösung und der Alternativlösung OSS praktisch einen Gleichstand.

Mittlerweile ist das Feinkonzept für das Projekt „LiMux - Die IT-Evolution“ erarbeitet und einige Ergebnisse veröffentlicht worden. In der Konzeptphase hat die LHM folgende Erkenntnisse gewonnen:

- Open Source ist nicht gleich kostenlos. Support ist notwendig, da die Unterstützung der HW -/ SW-Hersteller für Linux noch nicht so hoch ist wie bei Windows und das Know-how der LHM auf Linux-Desktop erst aufgebaut werden muss.

- Defizite bei der IT-Infrastruktur kommen zum Vorschein.
- Identische Abbildung heutiger IT unter Windows mit OSS erst nach Anpassungen umsetzbar.
- Vieles ist unter OSS machbar, aber erst mit Anpassungen so integriert wie mit Windows.
- Chance neue Strukturen und Verfahren zu etablieren, Wildwuchs einzudämmen.

Es ist vorgesehen, dass der Stadtrat der LHM im Juni 2004 über das Konzept entscheidet. Danach wird das Ausschreibungsverfahren gestartet.

Es bleibt festzustellen, dass eine Entscheidung für OSS bzw. proprietäre SW-Produkte schwierig ist und nur projektbezogen erfolgen kann. Die Landesregierung wird die weitere Entwicklung in der LHM und in anderen Kommunen aufmerksam verfolgen.

Zu 9:

Die von *heise-online* in der Meldung vom 24.02.2004 genannten Zahlen könnten einer verwaltungsinternen Gedankenskizze vom 09.10.2003 entstammen. Diese sollte lediglich die Diskussion zur Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Migrationsprojektes im IT-Referat des MJ vorbereiten. Die isolierte Wiedergabe der Gedankenskizze stellt eine willkürliche Momentaufnahme aus einem längeren ergebnisoffen geführten Meinungsbildungsprozesses dar, der erst Mitte Januar 2004 abgeschlossen wurde. Zu jenem frühen Zeitpunkt (09.10.2003) bestand noch keine endgültige Klarheit über die Kostensystematik und insbesondere über Art und Quantifizierung der für eine fundierte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erforderlichen Kostenfaktoren. Insbesondere waren seinerzeit die justizspezifischen Einflussfaktoren, wie die Vielzahl der Fachanwendungen, die Vorkenntnisse der ca. 15 000 Anwender und die Einbindung in länderübergreifende Entwicklungsverbände noch nicht hinreichend berücksichtigt. Folgerichtig hat das Papier bis zur Vorlage im IT-Referat noch zahlreiche Änderungen erfahren.

Der anschließende intensive Diskussionsprozess zeigte, dass die Gedankenskizze vom 09.10.2003 die Gesamtmigrationskosten zum Teil unrichtig und unvollständig abgebildet hat. Sie wurde deswegen in enger Abstimmung mit den IT-Verantwortlichen des Geschäftsbereichs korrigiert und erweitert.

Die Korrekturen und Erweiterungen betrafen insbesondere die migrationsbedingten Aufwände für die Anpassung der vielfältigen Fachanwendungen sowie für Umschulung, Einarbeitung und Arbeitsausfälle. Auf dieser Grundlage hat sich der Verbleib in der Microsoft-Welt als die wirtschaftlichste Lösung herausgestellt.

Für die Entscheidung der Justizministerin haben auch in der Meldung von *heise-online* zutreffend wiedergegebene strategische Aspekte, wie z. B. geringere Risiken für den Einsatz der Fachanwendungen bei verbesserter Anwenderakzeptanz, Chancen einer weiteren Standardisierung und Konsolidierung der IT-Infrastruktur (Vereinheitlichung der Komponenten und Verringerung der Anzahl), Investitionsschutz und Zukunftssicherheit den Ausschlag gegeben.

Zu 10:

Im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung für eine mögliche Migration zu OSS müssen die notwendigen Aufwendungen für Schulungen und Lizenzen berücksichtigt werden. Welche Auswirkungen diese Kostenblöcke innerhalb eines IT-Projekts auf die Wirtschaftlichkeitsberechnung insgesamt haben ist von den individuellen Parametern des Projekts abhängig.

Zu 11:

Die Landesregierung teilt die Ansicht des Bundesrechnungshofs, dass OSS gegenüber bisher eingesetzter kommerzieller Office-Software mittlerweile ein vergleichbares Niveau an Benutzerfreundlichkeit und Leistungsfähigkeit erreicht hat. Dafür spricht auch die Tatsache, dass im Bereich der Polizei und der Steuerverwaltung auf ca. 23 600 IT-gestützten Arbeitsplätzen die OSS-Pakete Open Office und Star Office im Einsatz sind.

Zu 12:

Im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung für eine mögliche Migration zu OSS muss auch berücksichtigt werden, dass ggf. geringere Anforderungen an die Hardware gestellt werden bzw. die eingesetzte Hardware in Verbindung mit OSS länger genutzt werden kann. Welche Auswirkungen

dieser Kostenblock innerhalb eines IT-Projekts auf die Wirtschaftlichkeitsberechnung insgesamt hat ist von den individuellen Parametern des Projektes abhängig.

Zu 13:

Die Funktionsfähigkeit der niedersächsischen Justiz hängt vor allem davon ab, dass die justizspezifischen Fachverfahren wie z. B. EUREKA und SolumSTAR, die in länderübergreifenden Verbänden entwickelt und gepflegt werden, um Know-how zu bündeln und Kosten zu teilen, die fachlichen Anforderungen möglichst optimal unterstützen. Bereits für einen Praxistest von Linux wären die justizspezifischen Fachverfahren umzuprogrammieren gewesen. Aus Kostengründen haben die Entwicklungsverbände davon abgesehen, zumal auch die Mischarbeitsplätze zu berücksichtigen sind. IT-Fachleute aus dem Geschäftsbereich der niedersächsischen Justiz haben jedoch im Labor verschiedene Open Source Produkte getestet, soweit dies mit vertretbarem finanziellem und personellem Aufwand sinnvoll erschien. Die Untersuchungen sind in die Entscheidung eingeflossen (vgl. die Antwort zu 1).

Zu 14:

Die Landesregierung hat mit verschiedenen Anbietern im IT-Bereich Verträge abgeschlossen. Dies umfasst die Lieferung von Hard- und Software, von Leitungen für das Landesnetz iznNet und andere IT-Dienstleistungen.

Um die wirtschaftlichste Lösung für die Landesverwaltung zu erreichen, wird im Regelfall die „Marktmacht“ im Rahmen einer Ausschreibung gebündelt. Diese Vorgehensweise führt zwangsläufig dazu, dass bestimmte Anbieter bis zur nächsten Ausschreibung eine zeitlich begrenzte Quasi-Monopolstellung innehaben. Um die aus der Quasi-Monopolstellung resultierenden Risiken zu minimieren werden die Anbieter in den Ausschreibungsverfahren kritisch begutachtet, wobei Kriterien wie Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eine maßgebliche Rolle spielen. Insbesondere die zeitliche Befristung von Verträgen zwingt die IT-Dienstleister mit dem Kunden Landesverwaltung vertrauensvoll und kooperativ zusammenzuarbeiten. Beim Einsatz proprietärer Software gibt es generell die Möglichkeit zu einem anderen Hersteller proprietärer Software oder zu OSS-Produkten zu migrieren. Die in der Landesverwaltung eingesetzten SW-Produkte befinden sich in der Betriebshoheit der Fachverwaltungen bzw. Dienststellen oder des Landesbetriebs IZN und sind durch Sicherheitsmechanismen gegen den Zugriff von außen geschützt. Deshalb können SW-Anbieter nicht direkt in die Geschäftsprozesse der Landesverwaltung eingreifen und den Zugriff auf Datenserver ver- bzw. behindern. Auch sollte der durch solche Geschäftsgebaren verursachte Imageschaden für die Firmen nicht unterschätzt werden, da dies in aller Regel öffentlichkeitswirksam ist.

Uwe Schünemann

**Anlage**

Zu 1:

Antworten der obersten Landesbehörden, des Landtages und des Landesrechnungshofs:

**Staatskanzlei**

Linux wird von der StK auf einem Server (Proxy) eingesetzt. Die andere aufgeführte Software wird nicht eingesetzt.

**Finanzministerium**

Steuerverwaltung

1. Die nds. Steuerverwaltung wird im FISCUS-Projekt „Erhebung 1.0“ Linux sowohl als Client- als auch als Server-Betriebssystem einsetzen. Nach den Vorgaben der fiscus GmbH kommen dabei folgende Betriebssystem-Distributionen zum Einsatz:

- Arbeitsplatzrechner (APC): SuSE Linux Desktop (SLD) 1.0 und
- Serversysteme: SuSE Linux Enterprise Server (SLES) 8.

Darüber hinaus beabsichtigt die niedersächsische Steuerverwaltung das o. g. Client-Betriebssystem auf allen APC als Ersatz für das derzeitige Betriebssystem (Sun Solaris x.86 v.8) einzusetzen. Ferner gehe ich zurzeit davon aus, dass im Rahmen des Projekts „Server-Konsolidierung“ die bisher installierten IBM RS/6000-Server mit dem Betriebssystem AIX 4.3 durch „Linux-Server“ ersetzt werden.

2. Als Web-Server wird in der niedersächsischen Steuerverwaltung seit 2001 Apache 1.3.17 auf ca. 80 Serversystemen eingesetzt.
3. Seit Mitte 2003 ist Mozilla 1.2 bzw. 1.4 auf allen APC in der niedersächsischen Steuerverwaltung als (zusätzlicher) Web-Browser und E-Mail-Client neben Netscape 4.x installiert.

**Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**

MS nutzt bereits seit geraumer Zeit für den Internetzugang aller Arbeitsplätze Proxyserver auf der Basis quelloffener und kostenloser Software. Konkret werden hier redundante Suse LINUX-Server in Verbindung mit dem freien Programmpaket Squid eingesetzt. Ein LINUX-System fungiert zusätzlich als DNS-Server außerhalb der Microsoft ADS-Domäne. An etwa 150 Arbeitsplatzsysteme im MS werden thin-clients eingesetzt, deren Kern auf LINUX basiert.

Im nachgeordneten Geschäftsbereich des MS werden durch das Landesamt für zentrale soziale Aufgaben in den Dienststellen der Versorgungsverwaltung und den Landesbildungszentren für Blinde und Hörgeschädigte ebenfalls LINUX/Squid-Kombinationen für den Internetzugang eingesetzt. Der Intranetauftritt wird über einen Apache Webserver bestritten. Darüber hinaus werden OSS-basierte Firewall-Systeme unter „suse firewall 2“ eingesetzt. Im Test befindet sich augenblicklich die Erprobung des Einsatzes von Datenbanksystemen unter LINUX, allerdings mit der vom Land Niedersachsen präferierten DB-Software Oracle.

**Ministerium für Wissenschaft und Kultur**

Im MWK selbst wird keine freie Software eingesetzt. Die niedersächsischen Hochschulen nutzen schon in hohem Maße und mit steigender Tendenz OSS. Die OSS-Nutzung in den übrigen Dienststellen des Geschäftsbereichs, insbesondere in den Kultureinrichtungen wie Theater, Museen, Bibliotheken ist die OSS-Nutzung eher gering. Hier überwiegen MS-Produkte.

**Kultusministerium**

Im MK werden drei Server mit dem Betriebssystem Linux eingesetzt. Zwei Server laufen als DNS-Server, einer als Datenbankserver mit dem Datenbanksystem MySQL.

Im nachgeordneten Bereich des MK läuft der Nds. Bildungsserver (NiBiS) auf Linux (12 Server).

### Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Im Ressort MW wird freie Software nur begrenzt im Echteininsatz verwendet. Der Echteininsatz erfolgt überwiegend, jedoch in kleinen Stückzahlen, im Serverbereich. Der überwiegende Teil der Serverbetriebssysteme ist in allen Bereichen keine freie Software. Der Einsatz weiterer freier Software (Mozilla, etc.) reicht über eine Experimentierphase nicht hinaus.

Bereich	eingesetzte Software
MW	CRM Betriebssystem: Linux Datenbank: MySQL Web-Server: Apache Programmiersprache: PHP Das Verfahren läuft komplett auf Open Source.
MW	Apache Webserver
MW	PHP Programmiersprache
MW	Suse Linux Serverbetriebssystem (e-Akte)
MW	Red Hat Linux Serverbetriebssystem
MPA Bau	Apache Webserver
MPA Bau	Mozilla Internet Browser (Experimentierphase)
NLFB	Linux 8.2 f. Archiv-Serverbetriebssystem
NLStB	Linux Proxy-Server
NLStB	Apache Mapserver
MEN	Internet Browser (Experimentierphase)

### Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Open-Source-Software wird im Geschäftsbereich des ML an verschiedenen Stellen eingesetzt.

Im ML selbst wird Debian-Linux mit der Proxy-Software Squid eingesetzt.

Im Staatlichen Fischereiamt Bremerhaven (SFA) wird SuSE 9.0 als Serverbetriebssystem für den zentralen Fileserver eingesetzt. Der Einsatz der Proxy-Software Squid wird vorbereitet.

Im Niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) werden verschiedene, teilweise auch zentrale Anwendungen, wie die Probenverwaltung der Institute, mit Open-Source-Software betrieben. Als Betriebssystem kommt SuSE-Linux und SuSE-SLES zum Einsatz in Verbindung mit Oracle (8i und 9i AIS), Apache, Samba und Bind. Anwendungsgebiete sind Datenbankserver, Intranetserver, DNS, Fileserver.

In der Agrarstrukturverwaltung werden derzeit Untersuchungen zum Einsatz von OSS-Produkten durchgeführt. Hierfür wird Linux eingesetzt.

Desweiteren werden verschiedene Open-Source bzw. Freeware Tools, wie z.B. die Packprogramme 7-zip oder Filzip eingesetzt. Bewährt hat sich im Administrationsumfeld auch die Software vnc.

### Justizministerium

In den Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten wird mit der voraussichtlich noch in diesem Jahr beginnenden Einführung der Fachverfahren web.sta und BASIS-Web entsprechend den Entscheidungen der länderübergreifenden Entwicklungsverbände auf den Applikations- und Datenbankservern das Betriebssystem LINUX eingesetzt.

**Umweltministerium**

Nur geringer Einsatz von freier SW, allenfalls in kleinen Nischenbereichen; z. B. 4-6 Linux-Server mit Apache.

**Ministerium für Inneres und Sport**

Behörde	OSS-Produkt	Einsatzanzahl	Bemerkungen
BezReg BS	Linux	1	ALB-Server
BezReg H	Debian Linux	3	Server
	SuSE Linux	2	Server-Betriebssystem
	VNC	20	Server-Anwendung
	Apache	5	Server-Anwendung
	UMN-Mapserver	3	GIS-Server-Anwendung
	Postgres	3	Server-Anwendung
	Zope	2	Server-Anwendung
	PHP	3	Server-Anwendung
	MySQL	2	Server-Anwendung
	Privoxy	1	Internetfilter
	Fli4l	1	DSL-Router
	Debian Linux	1	Arbeitsplatzrechner-BS
	SuSE Linux	28	Arbeitsplatzrechner-BS
	OpenOffice.org	33	Arbeitsplatzrechner
	Mozilla	29	Arbeitsplatzrechner
	NIVADIS	21	Arbeitsplatzrechner
	VNC	17	Arbeitsplatzrechner
	FileZip	11	Arbeitsplatzrechner
FileZilla	11	Arbeitsplatzrechner	
Firefox	1	Arbeitsplatzrechner	
BezReg LG	Linux	5	Server
	Linux	24	Arbeitsplatzrechner
	Open Office	24	Arbeitsplatzrechner
	Apache	4	Server
	Tomcat	1	Server
	Open Office	3	Server
	Postgres	1	Server
	Squidguard	1	Server
BezReg WE	Linux	4	Datenbankserver
FHVR - Präsidium -	Linux/Samba	4	DC/Fileserver
	Linux/Samba	4	BackupServer
	Linux/Squid	1	Proxy
	Linux/Apache	1	WebServer
FHVR - Polizei -	Linux/Mozilla/OpenOffice/NFS/ NIS	20 clients 1 Server	Internetzugang für Studierende
FHVR - Allg. Verw. -	Linux	1	DC/Fileserver/WebServer
FHVR -Zentralbibl. -	Linux	20	Terminals
	Linux (Browser nicht OSS)	10	Rechercherechner

Behörde	OSS-Produkt	Einsatzanzahl	Bemerkungen
FHVR –Steuerverw.-	(Unix/StarOffice) keine echte OSS, Umstieg auf OpenOffice denkbar	20	Arbeitsplatzrechner der Do- zenten
FHVR -Polizei-	Umstieg auf Li- nux/OpenOffice/Nivadis/ wahr- scheinlich, zz. noch WindowsNT	150	Arbeitsplatzrechner
LFS CE	Fehlanzeige		
LFS Loy	Fehlanzeige		
MI	Linux	2	Webserver
	Linux	1	Druckserver
	Linux	2	Arbeitsplätze Lagezentrum
	Open Office	10	Polizeiabteilung
	Apache	2	Webserver
	Mozilla	10	Polizeiabteilung
NLS	Suse Linux	2	Proxy
	Suse Linux mit Apache	1	WebServer
	Suse Linux	2	DB-Server
	Suse Liux	4	Arbeitsplatzrechner
IZN	Suse Linux	105	Server/Clusterkonsolen
	Red Hat Linux	39	Polizeiserver
	Open BSD	6	
	Free BSD	2	
	Postfix	2	Mailserver
	Bind	16	DNS-Server
	mySQL	5	DB-Server
	Squid	9	Proxy
	Radius-cistron	2	Authentisierungsdienst
	Webbalizer	2	Auswertetool
	Apache	42	WebServer
	Apache Tomcat	9	Applikation des CMS
	Java SDK	9	Anwendung mit CMS
	VNC Client und Server	1	Fernadmin.
	Webmin/usermin	2	Webinterface
	Web500gw	16	Gateway
	Mozilla	6	WebBrowser
	Cricket	1	WebBrowser
	Syslog-ng	1	Überwachung
	Nagios	1	Webfrontend
	Linux Virtual server	4	
	Port Sentry	4	
	rsync	13	
Mailx	4		
Inn	4	Newsdienst	
rrd-tool	1	Überwachung	
SquidGuard	4	Webfilter	
NLFV	Keine Angaben		
SIN	Fehlanzeige		
GDL Friedland	Open Office	3	Arbeitsplatzrechner
LASSt OS	Fehlanzeige		
ZASSt BS	Fehlanzeige		
ZASSt OL	Fehlanzeige		
VKV	Linux	70	Server
VKV	Apache	57	WebServer
Landespolizei	Linux OpenOffice Org	11 465	Arbeitsplätze im Zusammenhang mit der

Behörde	OSS-Produkt	Einsatzanzahl	Bemerkungen
	Mozilla-Browser Mozilla e-mail-client bzw. Ximian e-mail-client		Einführung von NIVADIS
	Linux Postfix (MTA) Cyrus IMAP Daemon ISC Bind (DNS) ISC DHCP AFS (Fileservice) Kerberos (MIT) Radius Apache (Webserver) OpenLDAP (für E-Post 810) Samba	auf jeweils bis zu 150	Zentrale und dezentrale Server im Fachbereich

**Landtag**

Der Niedersächsische Landtag setzt OpenSource-Software in folgendem Umfang ein:

- Linux: auf vier Servern (Proxy-, Intranet-, Extranetserver sowie ein Datenbankserver),
- Apache: auf zwei Servern (Intranet- und Extranetserver).

**Landesrechnungshof**

Einsatz von Linux auf zwei Proxy-Servern.